

Brücher-Albers, Carola; Hasselhorn, Marcus
**60 Jahre Föderation Deutscher Psychologinnenvereinigungen. Meilensteine
einer internationalen, europäischen und nationalen Interessenvertretung**

formal und inhaltlich überarbeitete Version der Originalveröffentlichung in:

formally and content revised edition of the original source in:

Report Psychologie 44 (2019) 11/12, S. 30-32



Bitte verwenden Sie in der Quellenangabe folgende URN oder DOI /
Please use the following URN or DOI for reference:

urn:nbn:de:0111-dipfdocs-189629
10.25657/02:18962

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-dipfdocs-189629>

<https://doi.org/10.25657/02:18962>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

DIPF | Leibniz-Institut für
Bildungsforschung und Bildungsinformation
Frankfurter Forschungsbibliothek
publikationen@dipf.de
www.dipfdocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

60 Jahre Föderation Deutscher Psychologinnenvereinigungen

Meilensteine einer internationalen, europäischen und nationalen Interessenvertretung

Carola Brücher-Albers und Marcus Hasselhorn

„Eine Weltreise in die Psychologie“: so titelte der Report Psychologie 9/2008, nachdem der 3. von der deutschsprachigen Psychologie vorbereitete und durchgeführte Weltkongress der International Union of Psychological Science IUPsyS in Berlin mit mehr als 10.000 Teilnehmerinnen stattgefunden hatte.

Im Namen der Föderation war es vor allem der DGPs gelungen, mehr als 10.000 Teilnehmende aus aller Welt für einen Kongressbesuch zu gewinnen. Mit Rainer Silbereisen (DGfPs) stellte die Föderation erstmalig auf der Generalversammlung der IUPsyS einen Präsidenten nach Friedhart Klix (1980, DGfPs-Ost) und Kurt Pawlik (1992, DGfPs).

Den Verantwortlichen in der Föderation verblieb in jenem arbeitsintensiven Sommer 2008 allerdings keine personelle Kapazität mehr, einen Rückblick auf die damals 49jährige Geschichte zu werfen, was insbesondere Kongressorganisatoren und ihre Backoffices nachvollziehen können.

Anlässlich des 60jährigen Bestehens möchten wir nun einmal den Weg bzw. die Meilensteine der deutschen psychologischen Dachorganisation auf dem Hintergrund ihrer Gründungsziele und –aufgaben sowie ihrer Sichtbarkeit und Wirksamkeit als nationales wie internationales Bindeglied zwischen der akademischen und praktisch tätigen Psychologie in Deutschland skizzieren.

1 Strukturlegung einer Interessenorganisation

Die Anfänge der berufs- und wissenschaftspolitisch ausgerichteten Partnerschaft von BDP und DGPs (zunächst DGfPs) waren in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts durch eine Suche nach praktikablen Formen einer engeren berufs- und fachpolitisch ausgerichteten Zusammenarbeit gekennzeichnet. Mit der Diplom-Prüfungsordnung 1941 etablierte bereits der Nazi-Staat eine gesetzlich geregelte akademische Berufsausbildung, die nach 1945 von den Universitäten übernommen und zur mehrmals revidierten Grundlage der psychologischen Ausbildung bis zur Bologna-Reform Anfang dieses Jahrtausends wurde. Die Psychologenschaft entwickelte sich in Deutschland ähnlich wie bei anderen akademischen Berufsausbildungen zu einem freien Beruf. Gemäß unserer Föderations-Verfassung bestand das gemeinsame Interesse darin, eine allgemein freie und gesetzlich weitestgehend unregulierte Organisation und Koordination der Interessen der akademisch ausgebildeten Psychologenschaft zu schaffen.

Die gesellschaftliche Neuorientierung in der Bundesrepublik, der Wunsch nach einem normierten Berufsbild, Überlegungen zu einer wissenschaftlichen und zugleich praxisorientierten Ausbildung, Nachfragen nach psychologischer Expertise in Verwaltungs- und Dienstleistungsbereichen, Bedarfe im Fürsorge- wie im Bildungswesen, führten nach Gründung von BDP (1946) und DGfPs (1947) zu Diskursen, die den Wunsch nach einem gemeinsamen Bearbeiten von Organisations- und Steuerungsaufgaben für das Fach und den Beruf aufkommen ließen. Nach den schrecklichen Erfahrungen im Dritten Reich reflektierten Wissenschaftler*innen und Berufspraktiker*innen nur zögerlich ihre neuen gesellschaftlichen Rollen und Berufsaufgaben. Standardsetzungen in Ausbildung und Beruf, Titelschutz und Abwehr von Scharlatanerie (vgl. den Fall Lüscher) wurden diskutiert. Es gab keine Zweifel daran, dass man gemeinsam wichtige Fragen und Organisationsaufgaben für den gesamten Berufsstand in Angriff zu nehmen habe.

Erkennbar setzte in den 50er Jahren ein Ringen um die Klärung der Verwicklung von Wissenschaftlern und Berufspraktikern mit dem Nazireich ein. Fragen nach den genuinen Aufgaben

der Wissenschaftsdisziplin einerseits und einer wissenschaftlich begründeten Berufspraxis andererseits folgten, was ja bereits in den getrennten (Wieder-)Gründungen der Interessenorganisationen der Psychologenschaft zum Ausdruck gekommen war. Die junge Berufsgruppe der Diplompsychologen und Diplompsychologinnen meldete schon in den ersten Nachkriegsjahren ihre Bereitschaft und den Anspruch auf die Mitgestaltung der Ausbildungsinhalte im Psychologie-Studium an.

Bereits im September 1953 zeichnete sich in der Mitgliedschaft des BDP der Wille zu einer engeren Zusammenarbeit mit der DGfPs ab. Gegenseitige Teilnahmen der Präsidenten an Vorstandssitzungen des jeweils anderen Verbandes und Besuche auf den jeweiligen Mitgliederversammlungen stellten im Umfeld und nach Gründung der Föderation 1959 bewusst vereinbarte vertrauensbildende Maßnahmen dar. Hierzu trugen ergänzend und erkennbar Doppelmitgliedschaften auch prominenter Verantwortlicher in beiden Verbänden (übrigens bis in die heutige Zeit hinein) bei. Kongresse der DGfPs dienten auch den Berufspraktikern zur Erweiterung ihres fachlichen Wissens und dem Austausch über neue Berufsaufgaben.

Wie kam es nun zur formalen Gründung der Föderation Deutscher Psychologinnenvereinigungen? Die DGfPs hatte sich Ende der 50 Jahre um die Ausrichtung des Internationalen Kongresses in Bonn beworben. Im Vorlauf der Vorbereitungen dieses Kongresses votierte dann die Mitgliederversammlung des BDP am 2.8.1958 „Zur Erhöhung der nationalen Repräsentanz der deutschen Psychologie“ für den Beitritt eines weiteren deutschen Mitglieds bei der IUPsyS.

Aus satzungsrechtlichen Gründen der IUPsyS konnte allerdings nur *eine* nationale Vereinigung als Mitglied aufgenommen werden und so befürwortete die DGfPs die Fusionierung beider Verbände zu einer nationalen Dachorganisation im Jahr 1959. Eine zentrale Frage der Finanzierung war ebenfalls vorab geklärt worden: Kosten der Föderation, die durch Mitgliedsbeiträge entstehen, werden von BDP und von der DGfPs im Verhältnis 2:1 getragen.

Im Verlauf des letzten Jahrzehnts kam es zu einer Partnerschaft mit dem ZPID - Leibniz-Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation. Das ZPID betreibt für die Föderation die Webseite www.psychologie.de. Als Dachorganisation verfolgte die Föderation bisher als nationales Mitglied der IUPsyS die Einwerbung und Durchführung von Internationalen Kongressen der Psychologie (ICP) wie in Berlin 2008. Sie wurde auch Mitglied in der International Test Commission (ITC) und 2003 der European Federation of Psychologists (EFPA) anstelle der Einzelmitgliedschaft des BDP, der zu den Gründungsmitgliedern (EFPPA) gehörte.

Darüber hinaus bringen die Föderationspartner Kenntnisse und politische Positionen aus weiteren mehr oder weniger auf spezifische Fragestellungen ausgerichteten Mitgliedschaften oder Partnerschaften in die Föderation ein, was allerdings bei der Entwicklung der Ziele und Aufgaben die Konsensfindung inzwischen erschwert hat und weiterhin erschweren könnte.

Einen Meilenstein in der neueren Geschichte der Psychologenschaft und damit auch der sich verändernden Strukturlegung von Wissenschaft und Berufspraxis stellt in diesem Kontext die gesetzliche Regelung des Berufs der Psychologischen Psychotherapeuten in Deutschland 1999 dar. Aktuell gibt es einen gesetzgeberischen Reformprozess zur Weiterentwicklung dieses Berufsbilds, der im Ausblick (siehe unten) noch einmal bezüglich der Strukturlegung der Föderation eingeordnet werden wird.

2 Sichtbarkeit und Wirksamkeit in Deutschland und der Welt

Die Föderation trägt mit europäischen und internationalen Mitgliedschaften als Dachorganisation zur Repräsentanz der deutschen Psychologenschaft bei und wirkt an der Entwicklung von wissenschaftlichen und beruflichen Standards mit. Diese Strukturlegung schuf die Plattform für eine

inzwischen vielfältige und vielstimmige Sichtbarkeit und Wirksamkeit der deutschen Psychologenschaft bis hinein in die heutige Zeit.

Seit vielen Jahren treffen sich laut Föderationsstatut die vier Mitglieder der jeweiligen Föderationsvorstände – gebildet aus den Präsidentinnen und einem weiteren Vorstandsmitglied der Partnerorganisationen – zu mehrmaligen jährlichen Sitzungen. Hierzu sind oftmals auch sachverständige Gäste eingeladen. Nach 60 Jahren bilden Ständige Kommissionen sowie einzelne in europäische und internationale Gremien entsandte Mitglieder das Fundament für eine Fülle von Handlungsfeldern und einzelne Arbeitsaufgaben.

Diverse Psychologen-Kalender des Hogrefe-Verlags bieten über die Jahrzehnte hinweg einen raschen und beeindruckenden Einblick in die Existenz und Besetzung der Ständigen Kommissionen, der Ausschüsse sowie einzelner Mitglieder, die zu einem Arbeitsvorhaben herangezogen oder in andere internationale Kommissionen entsandt werden.

In der Psychologischen Rundschau wird über die Aktivitäten und Arbeitsergebnisse berichtet. Die Webseite www.psychologie.de ist als Plattform für die Darstellung der föderativen Arbeiten und des Engagements vorgesehen. Die Ergiebigkeit für Recherchen zu den Föderationsaktivitäten – so mussten wir feststellen – ist allerdings eher bescheiden und durchaus ausbaufähig.

Die sichtbare Reichweite der Föderationsarbeiten erstreckt sich auf **Meilensteine**, wie z.B. die DIN bzw. ISO-Norm im Personalwesen (2002f), Testrezensionen des Diagnostik- und Testkuratoriums (DTK), die revidierten Gutachtenrichtlinien im Familienrecht (2017) und die Revisionen internationaler wie nationaler Ethik-Codes (rev. 2016 national).

Hervorgehoben sei noch das EUROPsy-Modell der EFPA 2003 mit dem ein Orientierungsmaßstab für die deutschen Studiengänge der Psychologie und der mit dem Diplomabschluss äquivalenten neuen Berufsabschlüsse im Bologna-Prozess von der Föderation anerkannt wurde. Das Nationale Anerkennungskomitee EUROPsy bereitet die Vergabe des gleichnamigen Zertifikats vor.

Unter teilweiser Einbeziehung wirtschaftlicher Subunternehmungen von BDP (DPA) und DGPs (Transmit) werden das Europäische Zertifikat EUROPsy und das Zertifikat für Fach-Weiterbildungen in Rechtspsychologie vergeben. Seit Inkrafttreten der DIN-Norm 2002 organisiert die Föderation mithilfe des DTK Fortbildungen und Lizensierungen zur Eignungsdiagnostik in der Personalauswahl.

3 Ausblick

Anlässlich der 60jährigen Geschichte der Föderation Deutscher Psychologinnenvereinigungen folgen die Verfasserin und der Verfasser mit dieser geschichtlichen Skizze einem alten Brauch, nämlich innezuhalten, die Roadmap rückwärts anhand von Meilensteinen abzufahren, den Startpunkt zu fixieren, um dann den Blick auf die „Straßenkarte“ für bevorstehende Reisepläne zu lenken. Aber will man eigentlich an den Startpunkt zurück oder in eine neue Welt der Psychologie bzw. der Psychologenschaft aufbrechen? Wohin mag die Reise gehen? Wer macht die Routenplanung? Welche Staus werden von Nicht-Beteiligten oder dem Setting verursacht?

Die Föderation verstand sich viele Jahrzehnte als Bindeglied zwischen nationalen, europäischen und internationalen Entwicklungen von Psychologie als Wissenschaft und Praxis. Taugen die alten Ziele noch, Wissenschaftler und Praktiker der Psychologie in ein gemeinsames oder zumindest kompatibles Berufsbild zu zurren? Verändern sich nicht Forschungsideologien, -präferenzen und –Agenden? Verschwimmen nicht die Reichweiten und Tragweiten von psychologischen Erklärungsmodellen angesichts vielfältiger interdisziplinärer Beschreibungsmodelle menschlichen Verhaltens? Beanspruchen weltweit nicht zunehmend Gesellschaften, berufliche Standards der psychologischen Praxis nach kulturellen Eigenheiten und Eigenarten zu bestimmen?

In der Fachöffentlichkeit wird hinsichtlich der Psychologie als Wissenschaft und Beruf inzwischen über die Auswirkungen einer interdisziplinären Forschung auf die Berufsbezeichnungen der Psychologenschaft sinniert. Einige Berufsangehörige bezeichnen sich schon seit einigen Jahrzehnten nicht mehr als Psychologe oder Psychologin, sondern Personaler, Therapeut oder Berater. Eine Debatte zur Zukunft des Berufs findet nur am Rande statt. Z.B. aktuell anlässlich der Reform des Psychotherapeuten-Gesetzes.

Seit der gesetzlichen Regulierung des Berufs der Psychologischen Psychotherapeuten 1999 steht die Föderation vor der Aufgabe, die eigenen Ziele und Aufgaben zu überdenken. Möglicherweise ist es an der Zeit, das Engagement in die internationale Interessenpolitik zu reduzieren und sich vermehrt darum zu kümmern, die deutsche Psychologenschaft dort, wo es gegenüber Dritten von zentraler Bedeutung erscheint, mit einer Stimme zu sprechen und vorweg gemeinsame Positionen zu entwickeln und abzustimmen. Bei aller Reformfreudigkeit und Offenheit für neue Studiengänge und Berufsbilder, mehren sich die Zeichen, dass die angestammten Berufsangehörigen der Psychologie bei einer gesundheitspolitisch gewünschten Neuordnung mit Insellösungen der Berufsprofile auf der Strecke bleiben. Hier gilt es, gemeinsame tragfähige Lösungen zu finden.

Für BDP und DGPs könnte sich mehr denn je aus aktuellem Anlass die Frage nach dem **Mehrwert der Föderation als einer Dachorganisation stellen**. Die eigene Geschichte lehrt uns, dass eine getrennte und damit untereinander sich abgrenzende Betrachtung der Aufgaben, Rollen Funktionen und Beiträge zur Entwicklung einer „regionalen“ partizipationsorientierten Bürger-Gesellschaft durch Wissenschaftlerinnen und Praktikerinnen der Psychologie eher einem gesellschaftlichen Bedürfnis nach Berufsordnungen“ oder individuellen „Abgrenzungstendenzen“ entspringt. Dies zu vergegenwärtigen und die Fragen nach dem Berufsbild und seiner Zukunft wieder vermehrt gemeinsam und sachgerecht anzugehen, ist unser Wunsch zum 60. Geburtstag der Föderation von BDP und DGPs.

Die nun schon mehrere Jahre geführte Diskussion zur Novellierung des PsychThG hat die Föderationsverantwortlichen im Vorstand und mehreren Arbeitsgruppen intensiv beschäftigt. So sind daraus vier gemeinsame Erklärungen der Föderation für Politik und interessierte Öffentlichkeit hervorgegangen, in denen Nachbesserungen des Gesetzentwurfs angemahnt werden. Dass Föderation nicht zu Konsenszwang in jeder Sachfrage führt, kann man daran erkennen, dass die DGPs nur noch geringen Nachbesserungsbedarf in dem im Februar 2019 vorgelegten Gesetzentwurf sieht, während der BDP auf zu erwartende gravierende negative Auswirkungen hinweist und Veränderungen in zentralen Punkten des Gesetzestextes fordert.